

STR

SLT

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT

Informations- und Pressedienst

i.A.22.14.7.5. - BR/kl

P R E S S E S C H A U

Die Schweiz und die sowjetischen Dissidentenprozesse

Bern, den 19. Juli 1978



DIE SCHWEIZ UND DIE SOWJETISCHEN DISSIDENTENPROZESSE

Am 14. Juli 1978 wurde der sowjetische Botschafter in Bern, Vladimir LAVROV, im Eidgenössischen Politischen Departement empfangen. Botschafter Hegner drückte ihm im Auftrage des Bundesrates "das Unbehagen der Behörden und weiter Volkskreise der Schweiz" über die Dissidentenprozesse in der Sowjetunion aus. (Text des Pressecommuniqués siehe Wochentelex vom 14. Juli 1978).

Der schweizerische Protest hat in der Presse ein gutes Echo ausgelöst.

Zustimmende Kommentare

"Des positiven Echos auf seinen scharfen Protest wegen der Urteile der Sowjet-Justiz gegen die Dissidenten, die ja nichts weiter als die Respektierung der auch von der Sowjetregierung an verschiedenen internationalen Konferenzen so nachhaltig beschworenen Menschenrechte forderten, kann der Bundesrat gewiss sein." (Erich Tenger im Bund).

Einige Journalisten vermerken mit Genugtuung, wie schnell der Bundesrat dieses Mal gehandelt hat. Viktor Parma schreibt in der Basler Zeitung: "Dass der Bundesrat die Moskauer Prozesse beanstandet, braucht niemanden zu wundern. Erstaunlich ist aber, wie deutlich, und vor allem, wie prompt er es getan hat. Die offizielle Schweiz hat schon verschiedentlich die Verletzung von Menschen- und Völkerrecht durch fremde Staaten kritisiert. Meist aber waren die bundesrätlichen Verlautbarungen zahm, und sie kamen spät. Manchmal blieben sie gänzlich aus." Das mit dem Protest verbundene Asylangebot der Schweiz an die sowjetischen Bürgerrechtskämpfer wird da und dort als "Novum schweizerischer Aussenpolitik" (Schweizerische Depeschenagentur) vermerkt: "Das mit dem Protest gegen die Dissidenten-Prozesse in der Sowjetunion gekoppelte Asylangebot der Schweiz stellt ein einmaliges Ereignis in der Geschichte der Aussenpolitik unseres Landes dar. Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen waren bereits früher erfolgt, so z.B. beim Orlow-Prozess, wo Bundesrat Pierre Aubert -- allerdings in seinem persönlichen Namen -- eine Erklärung am Parteikongress der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz abgab. Anlässlich der Todesurteile im spanischen Burgos wurde aus Protest der schweizerische Botschafter zurückgerufen."

- 2 -

Pierre-André Stauffer kommentiert in den 24 heures die schweizerische Demarche wie folgt: "Le langage est prudent, mais cette prudence ne dissimule pas l'essentiel. Et l'essentiel, c'est que la Suisse condamne non seulement les jugements, mais les poursuites intentées contre les dissidents soviétiques. Elle ne se contente pas de les condamner, en quoi elle ne se serait guère distinguée de la plupart des pays occidentaux signataires de l'Acte d'Helsinki, elle fait un pas de plus: elle propose d'accueillir chez elle les victimes de la répression soviétique."

Ein Hinweis auf die Schlussakte von Helsinki als Grundlage für den schweizerischen Vorstoss erfolgt in mehreren Zeitungsartikeln.

Stilwandel

Verschiedene Redaktoren vertreten die Meinung, dass die schweizerische Aussenpolitik zur Zeit einen Stilwandel erfahre. Hans Tschäni schreibt dazu im Tages Anzeiger: "Sie ist ausserordentlich, diese Meldung, und man musste sie zweimal lesen, um sie glauben zu können: die Schweizer Aussenpolitik lässt ihre sture Zurückhaltung fallen und exponiert sich zugunsten der Menschenrechte. Das ist sehr erfreulich, denn es gibt Grenzen der Zurückhaltung gerade dort, wo es um humanitäre Dinge geht. Es war geradezu unfair, wie bisher gegenüber den staatlichen Ungerechtigkeiten allenthalben die Faust im Sack zu machen und zu schweigen. Nachdem die Helsinki-Schlussakte vorliegt, lassen sich solche Proteste überdies auf einen massiven internationalen Konsens abstützen - sofern man nicht gar von Völkerrecht sprechen will. Man darf daher die Demarche sehr begrüessen und kann hoffen, dass die Deklamationen auch dann erfolgen werden, wenn die Menschenrechtsverletzungen zum Beispiel südamerikanische Staaten betreffen. Eine Retouche erträgt unsere Aussenpolitik bestimmt. Vor allem, wenn sie in der Richtung eines grösseren Engagements zur Verteidigung der Menschenrechte geht. Sie sind den Einsatz wert." Der Blick meint: "Neuer Stil im Berner Aussenministerium unter Bundesrat Aubert: Jetzt wird gehandelt. Die Schweiz will alle sowjetischen Dissidenten gegen die ein Gerichtsver-

- 3 -

fahren läuft, bei sich aufnehmen." Die Zürcher Tat titelt: "Bundesrat war forsch wie nie!" Die Basler Zeitung ist etwas vorsichtiger in ihrem Urteil: "Bestätigt der rasche und deutliche Protest, dass ein neuer Stil - Marke Aubert - in der schweizerischen Aussenpolitik Einzug gehalten hat? Oder gibt er bloss jenen recht, die argwöhnen, dass dem Bundesrat Kritik an 'linken' Diktaturen leichter fällt als an 'rechten'? Noch ist es zu früh, darauf zu antworten. Jedenfalls ist dem Bundesrat für die Zukunft dieselbe Entschlusskraft zu wünschen, wenn es um Menschenrechtsverletzungen totalitärer Staaten jedweder 'Sorte' geht."

Erwin Bischof